

Antrag

öffentlich

Datum

31.01.2012

Nummer

A0006/12

Absender

FDP-Ratsfraktion

Adressat

Vorsitzende des Stadtrates
Frau Wübbenhorst

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

16.02.2012

Kurztitel

Kinderbetreuungskapazitäten erweitern

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass zur Erschließung weiterer Plätze zur Betreuung der Kinder im Krippen- und Kindergartenalter

1. bei Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung angeregt wird, dass diese allein oder in Kooperation mit Trägern für die Kinder ihrer Mitarbeiter Plätze in Kindertagesstätten zur Verfügung stellen,
2. Kontakt zur Universität und zur Hochschule aufgenommen wird, um auch dort erweiterte Betreuungsangebote einzurichten,
3. das Wirtschaftsdezernat angehalten wird, initiativ und vermittelnd bei Wirtschaftsunternehmen für die Einrichtung von Betriebskindergärten zu werben,
4. Anträge auf Kapazitätserweiterung oder Neubau durch die verantwortlichen Stellen der Verwaltung und deren Zusammenarbeit in einer angemessenen Zeit abschließend bearbeitet werden.

Über die Ergebnisse der Aktivitäten zur Umsetzung des Antrages soll je einmal im Quartal im Stadtrat informiert und im Jugendhilfeausschuss berichtet werden.

Der Antrag soll im Verwaltungsausschuss, im RWB und im Jugendhilfeausschuss beraten werden.

Begründung:

Die neuesten Geburtenzahlen belegen, dass die Landeshauptstadt Magdeburg den Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz in den nächsten 10 Jahren nur erfüllen kann, wenn die vorhandenen Kapazitäten (vorübergehend) erweitert werden.

Auf dem „Kita-Gipfel“ am 19.1.2012 im Rathaus wurden auch die Probleme diskutiert, die sich aus weiteren Überbelegungen, wie der Schließung von Einrichtungen während einer Sanierungsphase und der Handhabung des Kita-Portals ergeben. Nicht nur der Rechtsanspruch auch die Qualität der Kinderbetreuung könnten bereits jetzt nicht mehr gewährleistet werden.

Das Erschließen neuer Kapazitäten ist aber – wie auf dem Kita-Gipfel angeregt - nicht nur über einen Neubau, der in Verantwortung der Kommune erfolgt, möglich. Angesichts der Haushaltslage sind andere Lösungsvarianten zu prüfen.

Das Uni-Klinikum verfügt über eine Kindertagesstätte, das städtische Klinikum – mit immerhin fast 1 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - nicht. Die Uni/HS selbst bieten verschiedene Betreuungsmöglichkeiten an, aber keine eigene Betriebskindertagesstätte. Welche

Möglichkeiten bieten SWM und MVB ihren Beschäftigten bei der Kinderbetreuung? Können die kulturellen Einrichtungen der Stadt eine Kooperation eingehen, um Angebote zu unterbreiten?

Welche Vorgehensweise präferieren die wirtschaftlichen Unternehmen der Stadt? Woran liegt es, dass der geplante Betriebskindergarten der GETEC noch nicht arbeitet?

Um die offenbar angestauten Probleme, die zwischenzeitlich auch zu einem erheblichen Vertrauensverlust zwischen freien Trägern und Verwaltung geführt haben, zu lösen, ist ein ergebnisorientiertes Miteinander notwendig.

Hans-Jörg Schuster
Fraktionsvorsitzender